



Anschrift

c/o Paritätischer Bezirksverband Oberbayern
Charles-de-Gaulle-Str. 4, 81737 München

17.05.2022

Unser Zeichen: KM

+49 89 306 11-130

E-Mail: karin.majewski@paritaet-bayern.de

Den Koalitionsvertrag einlösen! Fokus: Armut und Grundsicherung

Sehr geehrte/r Frau/ Herr

gerade, weil die Folgen des Ukrainekrieges einen großen Teil der politischen Aktivitäten sowie der finanziellen Ressourcen binden, lenkt das Bündnis München Sozial den Fokus auf den Koalitionsvertrag. Um der fortschreitenden gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken, müssen jetzt die sozialen Themen und Herausforderungen konsequent angegangen werden!

Zu diesem Zweck erhalten Sie und weitere Münchner Bundestagsabgeordnete der Ampelkoalition in den nächsten Wochen offene Briefe von uns, die sozialpolitisch zentrale Aspekte des Koalitionsvertrages herausgreifen. Heute lenken wir Ihre Aufmerksamkeit auf die Themen Armut und Grundsicherung.

Das Bündnis München Sozial ist ein Zusammenschluss von über 70 Münchner Organisationen, die sich für eine solidarische Stadtgesellschaft einsetzen. Unser Ziel: wirklich alle Menschen sollen teilhaben. Wer sich mit sozialer Gerechtigkeit beschäftigt, kommt am Thema Armut und analog der Grundsicherung nicht vorbei.

Wir begrüßen die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 €. Ebenso begrüßen wir den längst fälligen Abschied von Hartz IV und die Einführung eines Bürgergelds.

Die Ausführungen des Koalitionsvertrags, dass mit dem Bürgergeld die Würde des und der Einzelnen geachtet werden soll und, dass es zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen soll, spricht uns sozusagen aus dem Herzen. Ebenso befürworten wir bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft die Einführung der kommunalen Angemessenheitsgrenzen. Denn dies erleichtert es der Landeshauptstadt München, die Kosten der Unterkunft und Heizung als regionalspezifische Pauschalen auszuführen. Ein wesentliches Thema in der Stadt mit den höchsten Mieten bundesweit. Begrüßenswert sind zudem die Überarbeitung der Mitwirkungspflichten sowie das Sanktionsmoratorium, so dass Menschen die ohnehin am Existenzminimum leben nicht noch stärker in finanzielle Not und somit an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Im direkten Gegensatz zu diesen positiven Aspekten steht die bisherige Höhe der Regelsätze in der Grundsicherung. Mit 449 € für einen alleinstehenden Erwachsenen liegt der Regelsatz deutlich unterhalb der Armutsgrenze. Ein armutsfester Regelsatz müsste laut den Berechnungen der Paritätischen Forschungsstelle um mehr als 50% höher, bei 678 € liegen. Die jüngste Anpassung zum 01.01.2022 um lediglich 3 € gleicht zudem nicht mal die Preisentwicklung aus und führt damit zum realen Kaufkraftverlust.

Die bedarfsgerechte und armutsvermeidende Ausgestaltung der Regelsätze ist die Grundlage jeder Reform der Grundsicherung. Daher fordern wir eine Anhebung der Regelsätze und als Soforthilfe für die Betroffenen, insbesondere in Zeiten der Pandemie, eine monatliche Zusatzzahlung von 100 €.

Den gesellschaftlichen Folgen von Armut ist durch entsprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote von sozialen Einrichtungen und Verbänden entgegenzuwirken. Armut betrifft oft ganze Familien bzw. Hausstände die ganzheitlich betrachtet werden müssen. Soziale Arbeit muss gestärkt werden, um Menschen, die von Armut betroffen sind passende Hilfsangebote zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Majewski

Geschäftsführerin des Paritätischen in Oberbayern und Sprecherin des Bündnisses München Sozial